

Das Übereinkommen von Paris – Klimaschutz für unsere Zukunft

Die Erde ist unser Zuhause. Wir müssen sie mit aller Macht schützen, denn sie ist das einzige Zuhause, das wir haben. Doch sie ist bedroht: Die Temperaturen steigen, das Wetter wird extremer und Arten sterben aus. Die Folgen des Klimawandels sind deutlich spürbar und eines der größten Probleme, mit denen der Mensch je zu kämpfen hatte. Fast alle Staaten dieser Welt haben sich deswegen zusammengeschlossen, um etwas dagegen zu tun. Mit dem wegweisenden Übereinkommen von Paris wollen sie die Erderwärmung stoppen und unseren Lebensraum schützen.

Sie hören die Reihe *Mehr Einsatz: bessere Rechtssetzung*. In dieser Folge geht es um das Pariser Klimaschutzübereinkommen und um seine Umsetzung in der EU und auf der ganzen Welt.

Das Übereinkommen von Paris ist ein verbindlicher völkerrechtlicher Vertrag. Abgeschlossen wurde es 2015 auf der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen in Paris, der sogenannten COP 21.

Fast alle Staaten dieser Welt haben das Pariser Klimaschutzübereinkommen unterzeichnet. Es verfolgt drei Hauptziele:

Kernstück des Vertrags ist das sogenannte Zwei-Grad-Ziel. Das bedeutet, die Durchschnittstemperatur auf der Erde darf im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um nicht mehr als zwei Grad Celsius steigen. Viel besser wäre es sogar, die Klimaerwärmung auf 1,5° C zu begrenzen. Als Zweites will man CO₂-Emissionen senken und sich besser auf den Klimawandel einstellen. Das dritte Ziel betrifft Investitionen. Die weltweiten staatlichen und privaten Finanzströme sollen in nachhaltige Investitionen umgelenkt werden. So will man Finanzierungen mit den Klimaschutzziele in Einklang bringen.

Damit diese Ziele erreicht werden, sieht das Übereinkommen unter anderem Folgendes vor: Alle Vertragsstaaten müssen sich eigene Klimaschutzziele setzen, sogenannte *national festgelegte Beiträge*. Diese müssen sie seit 2015 alle fünf Jahre überarbeiten und aktualisieren. Im Sinne der Transparenz müssen sie die Öffentlichkeit regelmäßig über ihre Fortschritte auf dem Laufenden halten.

Außerdem sollen die Industrieländer den Entwicklungsländern helfen, ihre Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Klimafinanzierung: Es sollen mehr Gelder in Umweltschutzprojekte fließen.

Die EU ratifizierte das Übereinkommen von Paris im Jahr 2016. Seitdem bildet es das Herzstück ihrer Klimaschutzpolitik.

Damit die EU ihre Ziele erreicht, brachte die Kommission 2019 den europäischen Grünen Deal auf den Weg. Mit diesem umfassenden Plan soll Europa die Energiewende gelingen – nicht nur in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr, sondern auch im Alltag der Menschen in Europa. Der europäische Grüne Deal stellt die Weichen für eine nachhaltigere und sauberere Wirtschaft der EU, und er soll auch dem Artenschwund entgegenwirken.

2020 dann setzte sich die EU *noch* höhere Klimaschutzziele. Zum Beispiel verpflichtete sie sich dazu, bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Dies ist ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zu dem übergeordneten Ziel, nämlich bis 2050 als erster Kontinent klimaneutral zu werden.

2021 wurde das Europäische Klimagesetz verabschiedet, das Fundament der europäischen Klimaschutzpolitik. Es dient dazu, die Ziele des europäischen Grünen Deals für alle Mitgliedstaaten verbindlich zu machen, zu überprüfen, wie gut er umgesetzt wird, und die Maßnahmen laufend anzupassen. Das Gesetz deckt verschiedene Bereiche ab – von sauberer Energie bis hin zur Kreislaufwirtschaft – und soll die Wirtschaft der EU so umgestalten, dass die Ziele des Übereinkommens von Paris erreicht werden.

Das Europäische Parlament spielt beim Klimaschutz in der EU eine wesentliche Rolle. Es drängte zum Beispiel darauf, das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 rechtsverbindlich zu machen. Außerdem kontrollieren die Abgeordneten immer wieder, ob die EU ihren rechtlichen Verpflichtungen auch wirklich nachkommt. Das Parlament macht sich auch für einen gerechten Übergang stark. Es unterstützt Unternehmen und Regionen, die wegen des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen mit wirtschaftlichen Folgen zu kämpfen haben. Und es setzt sich entschlossen für weltweite Klimagerechtigkeit ein. So fordert es von der EU, dass sie zur

Klimafinanzierung auf der ganzen Welt beiträgt und besonders Entwicklungsländern bei ihren Klimaschutzbestrebungen unter die Arme greift.

Wenn wir über den Klimawandel sprechen, sollten wir uns auch fragen, wer auf der Welt die meisten Emissionen verursacht. Ganz oben auf der Liste steht China. Es will zwar wie die EU klimaneutral werden, allerdings zehn Jahre später – bis 2060. Zurzeit ist es aber immer noch für knapp ein Drittel der weltweiten Emissionen verantwortlich. Das liegt vor allem daran, dass das schnelle Wachstum seiner Industrie größtenteils auf dem Einsatz fossiler Brennstoffe wie Kohle beruht.

Es folgen die USA – in denen Verkehr, Energiewirtschaft und Industrie besonders emissionsintensiv sind – und Indien. Das mittlerweile bevölkerungsreichste Land der Welt verdrängte 2023 die Europäische Union vom dritten Platz. Die EU, die es in den letzten Jahren geschafft hat, ihre Emissionen immer weiter zu senken, ist somit heute der viertgrößte Verursacher von Treibhausgasen. Sie ist für rund 6 % der weltweiten Emissionen verantwortlich.

Viele Entwicklungsländer haben hochgesteckte Ziele, benötigen aber finanzielle und technische Unterstützung, um diese zu erreichen. Andere Staaten haben es nicht geschafft, ihre Klimaschutzpläne zu aktualisieren, was fürchten lässt, dass man das 1,5-Grad-Ziel nicht erreichen wird. Große Sorge bereitet auch der erneute Ausstieg der USA aus dem Übereinkommen von Paris: US-Präsident Trump ordnete ihn im Januar 2025 an, kurz nachdem er seine zweite Amtszeit angetreten hatte.

Das Übereinkommen von Paris gilt als Meilenstein beim Kampf gegen den Klimawandel. Die EU und insbesondere das Parlament werden sich weiter für den Klimaschutz starkmachen. Doch es liegt auch an uns Einzelnen und jedem einzelnen Staat, denn die Klimakrise betrifft uns alle – und wir alle müssen etwas dagegen tun. Fest steht: Nur wenn alle an einem Strang ziehen, lässt sich der Klimawandel eindämmen und unser Zuhause, die Erde, schützen.

Diese Sendung wurde Ihnen präsentiert von Europarl Radio, dem Internetradio des Europäischen Parlaments.